

# AFGHANISTAN

*Christian Sigrist*

## Geschichte und Hintergrund eines Konfliktes

Der Widerstand des afghanischen Volkes ist keineswegs das Ergebnis ausländischer Agenten. Er ist vielmehr tief in der traditionellen Stammesgesellschaft verwurzelt, die sich gegen eine forcierte Modernisierung wehrt. Hinter dem Eingreifen der Sowjetunion steht nicht nur ein geo-politisches Kalkül, sondern auch ein falsches,

mechanistisches Geschichtsverständnis.

Dies versucht folgender Beitrag deutlich zu machen; er ist Teil einer Rede, die auf einem Teach-In der afghanischen Studentenorganisation von Prof. Sigrist in Berlin gehalten wurde.

Prof. Sigrist beschäftigt sich hauptsächlich mit

archaischen Gesellschaften und Agrarsoziologie der afrikanischen und asiatischen Länder. Neben seiner politischen Unterstützung ist seine "Beraterstätigkeit" für Guinea-Bissau besonders hervorzuheben. Zu Forschungszwecken hat er sich öfters in Afrika und Asien, so in Afghanistan (66-67) und Indien (71), aufgehalten. Wegen seiner politischen Äußerungen läuft seit längerer Zeit ein Disziplinarverfahren gegen ihn. Ihm werden "Beleidigung der Polizei" und "Verächtlichmachung der Bundesrepublik" vorgeworfen.

(...)

Den Feudalismus abschaffen - ist eine richtige Zielsetzung, die meist nur in einem gewaltsamen revolutionären Prozeß durchzusetzen ist. Nicht erlaubt sein kann, das Scheitern dieses Prozesses durch militärisches Vorgehen gegen „rückständige“ Völker von außen unter der nationalen Souveränität kompensieren zu wollen. Großgrundbesitzer haben ein Naturrecht darauf, von ihren eigenen Knechten an die Wand gestellt und nicht von einem ausländischen Hubschrauber aus umgebracht zu werden. Widerstand gegen administrativ aufgezwungene Modernisierung ist eine primäre Verhaltensweise, die sich auch in Afghanistan nicht nur gegen Modernisierung seitens eines prosojettischen Regimes gerichtet hat. (...)

*„Die Revolution (oder eher: der Staatsstreich) in Afghanistan ist sehr isoliert. Die Partei, die an die Macht gekommen ist, hatte vor der Machtergreifung wenig Kontakt mit den Massen; in ihren Reihen waren fast überhaupt keine Bauern und Arbeiter.“*

Diese Aussage eines Afghanen vom Oktober 1978 bezeichnet den gesellschaftlichen Kern der gegenwärtigen afghanischen Krise. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan ist eine Folge des bezeichneten gesellschaftlichen Widerspruchs von Partei mit revolutionärem Anspruch und „rückständigen“ Massen.

Gerade die militärische Abhängigkeit mit der fatalen Möglichkeit für das revolutionäre Regime, fehlenden Konsens und unzureichende Mobilisierung durch „geliehene“ militärische Macht kompensieren zu können, verhinderte die notwendigen Lernprozesse auf Seiten der politischen Führung wie der Massen.

In einer rückständigen Agrargesellschaft, in der es etwa unter 15 Millionen Einwohnern nur 40.000 Industriearbeiter, aber beispielsweise 2 Millionen Normaden gibt, konnte eine proletarische Partei keine Basis finden. Statt aber der Lehre vom nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eine neudemokratische Bewegung geduldig voranzutreiben, ließ sich die Demokratische Volkspartei auf den abenteuerlichen Weg einer vom Militär gestützten Revolution von oben ein. Die Parallele zu Äthiopien ist deutlich.

Es gab gleichwohl schon vor 1973, dem Jahr des Sturzes der Monarchie, gute objektive Bedingungen für eine demokratische Bewegung. Die Verschuldung

der Kleinbauern wuchs von Jahr zu Jahr; Versuche der Gegenwehr beantworteten Feudalherren in Badakhshan (z.B. 1966) mit der Verbrennung der Rebellen.

Das ancien regime war bis auf die Knochen korrupt. Die königliche Sippe genöß Zollfreiheit und zahlreiche umfangreiche andere Privilegien. Die Mitglieder des Königshauses benutzten dies, um mit zollfrei eingeführten PKW's etc. einen einträglichen Handel zu betreiben, womit sie sich den Haß der afghanischen Bourgeoisie zuzog. Damit nicht genug. Die Schwester des Königs soll Spenden für den roten Halbmond, deren Präsidentin sie war, unterschlagen haben.

Zu dieser Korruption trugen auch die multinationalen Konzerne bei. Insbesondere die Bestechung des damaligen Ministerpräsidenten Jussuf durch einen deutschen Konzern, führte zum Scheitern des parlamentarischen Experiments, nachdem im Oktober 1965 Studentenproteste vom Militär blutig niedergeschlagen worden waren. In das gleiche Jahr fiel auch die Gründung der Khalq-Partei.

Die von Daud während seiner ersten Amtszeit (1953-1963) forcierte Modernisierung hatte das Land in tiefe Abhängigkeit vom Ausland verstrickt. Der Anfang wurde mit einem total gescheiterten überdimensionalen Bewässerungsprojekt (Helmand-Projekt) gemacht, dessen Kosten schließlich in hunderte von Millionen Dollar ging. An diesem Fehlschlag bereicherte sich vor allem die US-Baufirma Morrison & Knudsen, die es auch versäumt hatte, die notwendigen Bodenanalysen anzustellen und somit für die Versalzung der Böden verantwortlich war.

Mit diesem gigantischen Fehlschlag wurde erst die ökonomische Abhängigkeit Afghanistans hergestellt. Sie wurde von den USA aufgebaut, aber der Sowjetunion gelang es, diese Situation zu nutzen und schon in den 60er Jahren zum größten Gläubiger Afghanistans zu werden und obendrein durch Waffenlieferungen und Offiziersausbildung einen weitgehenden Einfluß im Offizierscorps zu erlangen.

Dieser Einfluß und die wachsende Empörung über die Korruptionspraktiken ausländischer Firmen und die Brutalitäten der von deutschen Polizisten ausgebildeten Polizei verstärkte die prosojettische Orientierung der afghanischen Intelligenz.



(Dessin de PLANTU.)

Im Bündnis mit Teilen der Armee stürzte eine kleine Führungsgruppe zuerst den König Shah Zahir (1973) und schließlich seinem von ihm selbst eingesetzten Nachfolger Daud (1978). Rückblickend muß es als verhängnisvoll erscheinen, daß sich der besonnere Babrak Karmal nicht zu Anfang der Machtergreifung in der DVP durchsetzen konnte, der eine Konzeption einer graduellen Veränderung der afghanischen Gesellschaft unter Fortführung einer begrenzten Kooperation mit verschiedenen ausländischen Mächten vertrat, aber vielmehr Voluntarismus und Militarismus die Oberhand gewannen. Selbstüberschätzung und Größenwahn charakterisieren die Khalq-Fraktion. Schon am Kabuler Flughafen werden die Reisenden von der "Modell-Revolution" begrüßt. "Unsere Revolution ist beispielgebend für die Entwicklungsländer; sie ist eine Innovation. Vorher ist man den Schritten der sowjetischen Oktoberrevolution gefolgt, aber seit der Saur-Revolution weiß jede Arbeiterklasse in jedem Entwicklungsland, daß es eine Abkürzung gibt" - so Hafizullah Amin noch im Mai 1979 gegenüber einem westlichen Journalisten. Diese Sucht, originelle "Abkürzungen" zu forcieren, ist einer der Gründe für das Scheitern der Revolution. Die wechselseitige Überbietung in solchen Abkürzungsstrategien führte zu einer Terrorherrschaft, die auch vielen Sympathisanten das Leben kostete. Diese blutigen Machtkämpfe waren die Konsequenz einer Machtnahme durch eine modernistische städtische Elite, die nicht im Volk verankert war, sondern sich an ausländischen Vorbildern orientierte. (...)

Selbst wenn der Politisierungsgrad der städtischen Massen stärker gewesen wäre und nicht der Verstärkung durch putschende Militärs und ihrer sowjetischen Berater bedürft hätte, wäre ein solcher, auf die Städte beschränkter Umsturz von der Gefahr der ländlichen Konterrevolution bedroht gewesen. Am Beispiel der Agrarreform und des Widerstreits von Modernisierung und traditionalistischer Revolte sollen die

strukturellen Widersprüche, an denen die Voluntaristen scheiterten, aufgezeigt werden.

## Feudalismus und Agrarreform

Was heißt: Abschaffung des Feudalismus Hier wird nur eine halbe Information gegeben. In Afghanistan gibt es feudale und rentenkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Nur etwa 20% des Bodens wurde von freien Bauern bewirtschaftet. Teilpachtssysteme und Schuldknechtschaft bestimmen die Verhältnisse auf dem Dorf.

Die afghanischen Dörfer sind aber nicht nur durch feudale Strukturen und durch rentenkapitalistische Abhängigkeit bestimmt. Zugleich existieren immer noch Gentilorganisationen (patrilinare Verwandtschaftsgruppen) und Stammesinstitutionen. Diese Relikte der patriarchalistischen Gentilverfassung stärken nun aber die Ausbeutungsbeziehungen und immunisieren dieer von der Regierung Zugeständnisse erreicht, überspielt damit die Tatsache, daß er sich in den Jahren zuvor seine Interventionen bei der Verwaltung von den Interessenten bezahlen ließ. Schließlich gibt es immer noch Überbleibsel der alten Dorfgemeinschaft in Form des Deputhandwerkertums. Der Bau von unterirdischen Kanälen (Karez) schließlich ist eine Gemeinschaftsaufgabe, auch wenn sie von fremden Spezialisten verrichtet wird. In all diesen kollektivwirtschaftlichen Zusammenhängen haben die Khane und Maleks wichtige organisatorische Funktionen. Die Zerstörung der Feudalstrukturen durch eine Agrarreform müßte begleitet werden von einer Umorganisation gesellschaftlicher Funktionen, die bisher die Khane erfüllten, soll nicht das organisatorische Chaos eintreten.

## Landreform

Die Landreform war von früheren Regierungen, insbesondere aber von Daud, immer wieder in Aussicht gestellt worden. Aber erst die Regierung Taraki nahm diese wichtige Aufgabe in Angriff. Schon am 17.7.78 war das Dekret No. 6 veröffentlicht worden, das u.a. bestimmt, daß die Pachtschuld (grawi) nach fünf Jahren abgegolten ist. Am 2. Dezember 78 wurde das 8. Dekret zur eigentlichen Landreform veröffentlicht. Im wesentlichen geht es um die Festsetzung des Maxismus an Boden bester Qualität (bzw. des Äquivalents für Böden schlechterer Qualität), das eine Kernfamilie selbst bewirtschaften darf. Alles Überschußland sollte entschädigungslos enteignet werden. Beabsichtigt war die Verteilung von 680.000 ha an eine gleichgroße Zahl von landlosen Bauern. Über die "Qualität" der Agrarreform gibt es widersprüchliche Urteile. Wenn die Regierung Mitte März 1979 die Verteilung von 148.000 ha Land an 75.000 arme Bauern bekanntgab, bedeutet dies noch nicht, daß

hiermit mehr als eine juristische Fiktion geschaffen wurde.

Die Grundbesitzer und Khane haben vielfach wohl diesen Transfer geschehen lassen, aber unter der Hand die bisherigen Pächter die "Vorläufigkeit" dieser Maßnahme spüren lassen, zumal auch diese Reform von oben durchgesetzt wurde, ohne daß zuvor Bauernvereinigungen geschaffen wurden. Der Klient (hamsaya) eines Khans strebt sicher danach, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien, aber nicht um den Preis, daß das ganze Land zum hamsaya, Klienten, Schatten einer Supermacht wird.

## Widerstand gegen Modernisierung

Der Widerstand gegen die Modernisierung ist grundsätzlicher Natur und läßt sich nicht ausschließlich als Antikommunismus verstehen.

Löbliche Vorhaben des Kalq-Regimes wie das Verbot kommerzieller Brautpreise und der Kinderheiraten waren bereits von Reformern wie Amanullah, aber in den letzten Jahrzehnten auch von aufgeklärten Mullahs angegangen worden.

1958 kam es zu einem regelrechten Krieg der Mangal, eines paschtunischen Stammes gegen den afghanischen Staat. Anlaß war der Bau einer Straße und die beabsichtigte Eröffnung einer Mädchenschule. Der König konnte sich zwar zunächst gegen die Mangal militärisch durchsetzen. Aber diese gingen dann zum großen Teil nach Pakistan, von wo aus sie dann verhandelten. Sie kehrten erst zurück, als sie die Zusage erhalten hatten, daß auf der Mädchenschule nicht bestanden werden sollte.

Beispiele wie diese zeigen, daß die Stämme aus Eigeninteresse gegen Modernisierungsmaßnahmen rebellieren. Es bedarf dazu keine Bestechungsgelder. Diese werden selbstverständlich, entsprechend alter Tradition von den Stammesführern gern akzeptiert. Aber man kann diesen Widerstand analytisch nicht auf die Umtriebe von Geheimdiensten reduzieren. Schon in den letzten Jahren der Monarchie hatte sich die Feindschaft zwischen der islamischen Intelligenz und der progressiven Intelligenz verschärft und von den Städten, wo sie traditionell war, auf das Land ausgeweitet. Universitätsabsolventen, die versuchten, in ihren Dörfern Frauen zu alphabetisieren, wurden vertrieben oder gar erschlagen. Als verhängnisvoll hat sich der zynische Umgang mit der Tradition erwiesen. Einerseits haben Taraki und Amin offiziell immer wieder die Treue zum richtig verstandenen Islam beteuert, während gleichzeitig die Parteintellektuellen religiöse Überzeugungen und Praktiken verhöhnern.

Dazu nur ein Beispiel: 1970 war zum 100. Geburtstag Lenins in "Parcham" ein Artikel erschienen, in dem dieser mit Epitheta, wie sie nur dem Propheten zustehen, bedacht wurde. Die Antwort waren Demonstrationen von Mul-

lahs in Kabul, die auf Lastwagen aus dem ganzen Land angefahren worden waren. Diese Demonstrationen nahmen einen solchen Umfang an, daß sich selbst die konservative Regierung zum Einschreiten genötigt sah.

Die unter der ideologischen Kontrolle der Mullahs stehenden Stämme stellen gegen jede Modernisierung programmierende Regierung ein konterrevolutionäres Potential dar. Dies ließe sich nur ändern durch

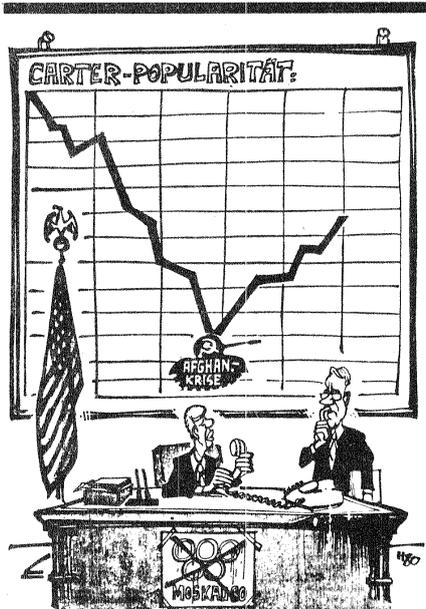
1. eine langfristige Basisarbeit auf dem Lande
2. ein durchdachteres, die Stämme bereits bei der Konzeption hinzuziehendes Modernisierungskonzept.

## Neue Prinzipien in der sowjetischen Außenpolitik?

Die sowjetische Maßnahme ist als eindeutiger Völkerrrechtsbruch zu verurteilen. (...)

In der sowjetischen Maßnahme sind geopolitische und militärische Überlegungen vorrangig eingegangen. Erst in zweiter Linie hat der Zwang, die April-Revolution zu restabilisieren, eine Rolle gespielt.

Das Dilemma, ein prosovetisches Regime nur mit einem Einmarsch der Roten Armee stützen zu können und eine einmalig günstige Konstellation: Fesselung der konkurrierenden Supermacht durch die iranische Krise und eine chaotische Situation in Pakistan haben die sowjetische Führung dazu verleitet, die Chancen der Entspannungspolitik und ihren Einfluß in der Dritten Welt auf's Spiel zu setzen.



"... Breschnew! Er droht mir mit dem Rückzug aus Afghanistan!"  
Haitzinger/tz München

in: P-F 5/80

Der Raketenrüstungsbeschluß der Nato hat jenen Kräften in der sowjetischen Führung ausschlaggebenden Einfluß verschafft, welche eine Verschärfung der Konflikte mit den USA für unvermeidlich ansehen und für deren Austrag eine Verbesserung der geopolitischen Ausgangssituation anstreben. Die bewaffneten Interventionen der USA in Guatemala, Kuba und der Dominikanischen Republik, der vietnamesische Einmarsch in Kapuchea und der chinesische Überfall auf Vietnam haben außerdem eine ganze Kette von Präzedenzfällen geschaffen, durch die Völkerrechtsbrüche „entstigmatisiert“ wurden.

Bankrotte Revolutionen zu sanieren durch Herstellung einer massiven Militärpräsenz ist eine Neuerung in der sowjetischen Strategie.

Die SU hat in der Vergangenheit häufig revolutionäre Bewegungen, die scheiterten, aufgegeben. Sogar dann, wenn die geographische Lage analog zu Afghanistan war (s. das Schicksal der Sowjetrepubliken Gilan und Azerbeijan). Das ist von Linksradikalen oft kritisiert worden. Im Lichte der aktuellen Ereignisse ist dies aber wohl vorsichtiger zu beurteilen. Die UdSSR weicht im Fall Afghanistan von einer bewährten außenpolitischen Linie ab und wird damit unkalkulierbar.

## Perspektiven:

Möglicherweise ist die sowjetische Führung überrascht über das Ausmaß des Widerstandes, auf den der Vormarsch der Roten Armee stößt. Ihr Kalkül war wohl, durch die bloße Machtdemonstration, durch ihre reine Präsenz die Rebellen einzuschüchtern. Dies ist offensichtlich nicht gelungen.

Das Unternehmen der Invasion muß als Abenteuer mit unabsehbaren Konsequenzen bezeichnet werden. In der bisherigen Geschichte ist es keinem Eroberer gelungen, dauerhaft die jetzt in Afghanistan lebenden Ethnien zu unterwerfen. Eine Staatsbildung in diesem

Raum war in den letzten Jahrhunderten nur möglich, wenn sie auch von der ethnischen Gruppe getragen wurde, die zugleich das größte Widerstandspotential besaß, den Pashtunen.

Die Sowjetunion hat zu sehr auf die Interventionserfahrung in der CSSR, nach deren Modell auch die Maßnahme abließ („Luftbrücke“ Hilfeersuchen einer Fraktion) gebaut. Dabei hat sie allerdings die ganz andere, intensivere Qualität des afghanischen Nationalismus unterschätzt. Die Afghanen werden sich auch nicht mit passiven oder nur symbolischen Widerstand begnügen. Die mit der inneren Entwicklung der Sowjetunion verbundene Überschätzung des staatlichen Zentralismus hat sie dazu verleitet, die Machterhaltung im staatlichen Zentrum zum Hauptziel ihrer Politik zu machen. Zugleich mißachtet sie die Erkenntnisse ihres bedeutendsten Afghanistanforschers und Diplomaten I.M. Rejsner, der den revolutionären Charakter früherer Bauernerhebungen in Afghanistan trotz ihrer reaktionären Implikationen anerkannt hatte.

Die Sowjetunion wäre die erste Macht, der es gelänge, das enorme Widerstandspotential der Pashtunen, deren dezentrale segmentäre Sozialstruktur die Guerilla ständig reproduzieren kann, zu brechen.

Die Rote Armee konnte zwar die wichtigsten Städte besetzen. Diese sind aber im wesentlichen unproduktiv. Ihre Versorgung vor allem mit Lebensmitteln stellt schon in Friedenszeiten große Probleme. In anbetracht des unversöhnlichen Kampfgeistes der Rebellen ist nicht abzusehen, wann das Land, insbesondere in den Hochgebirgsregionen, je wirklich der Kontrolle des jeweiligen Satellitenregimes unterworfen sein wird. Je länger die Besatzung dauert, desto mehr wird die Rote Armee selbst militärische Operationen gegen Rebellen führen und sie den Risiken einer zermürbenden Guerilla aussetzen müssen. Eine genaue Einschätzung der Guerilla ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch

nicht möglich. Im Frühjahr wird sich zeigen, welches militärische Niveau die Guerilla unter für sie optimalen meteorologischen Bedingungen erreichen kann. Schon jetzt spricht viel für die Annahme, daß sich die Sowjetunion auf einen langwierigen Kleinkrieg an vielen Fronten einrichten muß.

Die Gefahr eines Weltkrieges kann sich aus der Versuchung ergeben, durch militärische Angriffe gegen Pakistan die Basen der Aufständischen im afghanischen Grenzgebiet zu zerstören, zumal Pakistan weder Willens noch in der Lage ist, diese Basen aufzulösen.

Wenn die sowjetische Außenpolitik nicht endgültig zu dem degenerieren soll, als was sie die imperialistische Propaganda schon immer fingiert hat: aggressiv, militaristisch, imperialistisch, unberechenbar, dann muß sie diesen schweren Fehler korrigieren. Unsere Proteste sind ein schwacher Beitrag zu diesem Lernprozeß. Aber wir können auf eine Stellungnahme nicht verzichten, wollen wir nicht unsere politische Identität und intellektuelle Redlichkeit zerstören.

Wichtiger als die Stellungnahme der BRD-Intellektuellen scheint mir, daß ein politischer Druck auf die UdSSR von Staaten und Organisationen der Dritten Welt ausgebt wird.

Was können wir darüberhinaus tun? Eine rückhaltlose Unterstützung, wie wir sie für die FLN gegeben haben, wird sicher nicht möglich sein.

Ich lehne es ab, mich für die imperialistische Strategie der USA und für eine restaurative Politik der Großgrundbesitzer instrumentalisieren zu lassen. Den Kampf des afghanischen Volkes um seine nationale Autonomie können wir aber genau dort unterstützen, wo ein mögliches Genozidprogramm anzusetzen droht: Wir müssen die afghanischen Flüchtlinge v.a. in Pakistan materiell unterstützen. Dadurch wird nicht nur das Überleben dieser Flüchtlinge gesichert, sondern auch die Widerstandskraft des afghanischen Volkes gestärkt.